

Enttäuschung und Erwartung

Die Zivilgesellschaft vor der Wahl

Zum Auftakt des Wahljahres 2004 wollte die forum-Redaktion Menschen, die in Luxemburg in Menschenrechts- und Umweltorganisationen, im religiösen Leben oder anderen Bereichen der sogenannten Zivilgesellschaft aktiv sind sowie Wissenschaftler nach ihren Eindrücken von der alten und den Erwartungen an die neue Regierung. Unsere konkreten Fragen lauteten:

1. Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?
2. Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?
3. Was ist Ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?
4. Was fürchten Sie am meisten?

Nachfolgend drucken wir neun zum Teil recht ausführliche Stellungnahmen ab. Die Reihenfolge richtet sich nach den Nachnamen der Antwortenden.

Christa Brömmel

*Beauftragte für Frauenpolitik
Cid-femmes Fraueninformations- und
Dokumentationszentrum*

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?

Mit dem Gesetz zur Wegweisung des Täters häuslicher Gewalt, das am 1.11.2003 in Kraft trat, wird Gewalt in der Familie weiter enttabuisiert und werden Opfern und Tätern Hilfsangebote gemacht.

Der Textvorschlag, mit dem das Gleichstellungsprinzip von Männern und Frauen endlich umfassend in der Verfassung verankert werden soll, lässt die Luxemburger Verfassung in diesem Punkt Anschluss finden an einen modernen Staat – vorausgesetzt, die Abgeordnetenversammlung nimmt diesen Text an.

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?

Bei wesentlichen Reformen, insbesondere der Rentenreform und der Reform des Wahlgesetzes, sind die Belange der

Frauen wenig bis gar nicht berücksichtigt worden. Frauen durften bei den Rentendiskussionen erst in der 3. Runde mitdiskutieren, und anstelle einer "Reform" wurde in Sachen Rente für Frauen nur Augenwischerei betrieben: die Einführung einer "Mammenrent" anstelle der Umsetzung einer individuellen sozialen Absicherung für Frauen und Männer oder des Ehegattensplittings. Angesichts früherer und aktueller Erwerbsbiographien von Frauen ist damit die Gefahr der Altersarmut für Frauen deutlich höher als für Männer.

Bei der Wahlgesetzreform scheute man sowohl vor Quoten als auch vor der Einschränkung des Panachierens zurück. Erfahrungen im Ausland (Frankreich, Belgien, nordische Länder) belegen, dass voluntaristische Maßnahmen von vorübergehender Dauer die Geschlechterdemokratie fördern.

Was ist Ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?

Die Regierung muss die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, um den Mentalitätswandel voranzutreiben

- durch die Verankerung des Gleichheitsprinzips in der Verfassung
- durch Quotierung der Wahllisten
- durch Schaffung von "Services à l'égalité des chances" auf Gemeindeebene
- durch flächendeckende Kinderbetreuungsstrukturen
- durch Individualisierung der Sozialrechte
- durch Festschreiben von Frauenfördermassnahmen in den Kollektivverträgen.

Eine repräsentative Umfrage bei der Wahlbevölkerung, durchgeführt 2003 im Auftrag des Cid-femmes von der Ilres (Details unter www.cid-femmes.lu/politik/pol_neu.html), ergab, dass diese Themen auch von den WählerInnen gewünscht werden.

Was fürchten Sie am meisten?

Die Abschaffung des Frauenministeriums zu einem Zeitpunkt, wo es noch dringend benötigt wird. In der Tat wird das von der EU vorgegebene und für Luxemburg verbindliche Prinzip des Gender Mainstreaming außerhalb des

Frauenministeriums wenig angewandt. Solange die Berücksichtigung des Gender Mainstreaming nicht erfolgt, muss das Frauenministerium bestehen bleiben; seine Aufgabe bleibt es, regierungsintern das Konzept des Gender Mainstreaming durchzusetzen. (Gender mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in allen Politikbereichen und auf allen Ebenen/Hierarchien von vornherein zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können.)

Angesichts knapper werdender finanzieller Mittel besteht die Gefahr, dass nicht mehr in die Gleichheit zwischen Frauen und Männer (finanziell) investiert wird.

Die Arbeitsmarktlage könnte dazu führen, dass Frauen wieder "zurück an den Herd" gewünscht werden.

*

André Grosbusch

Präsident, Association luxembourgeoise des universitaires catholiques

Eine Antwort auf die vier Fragen

Am meisten beeindruckt haben mich die politischen Fähigkeiten von Staatsminister Jean-Claude Juncker. Seine Autorität in Luxemburg sowie seine manchmal verblüffende Anerkennung im Ausland fußen auf Sachkompetenz, Überzeugungskraft und geschickten, von seinen Gegnern oft erst spät erkannten Schachzügen. Lediglich seine Umrarmungen mit den Bonzen der größten Diktatur der Welt passen nicht zur Weltanschauung, für die die Partei des Premiers einzustehen pflegt.

Ebenso geärgert hat mich die Art und Weise, wie die Regierung im Streit um die "Gëlle Fra bis" eine ganze Generation vor den Kopf gestoßen hat, und möglicherweise schrittweise dabei ist, im Sinne der Großregion eine legitime, im Subsidiaritätsprinzip verankerte und jedem Nationalismus abholde Vaterlandsiebe hintanzustellen.

Ich wünsche mir, dass die politischen Verantwortlichen einen intelligenten

und menschlichen Weg bei der Behandlung der empfindlichen Asylantenfrage finden, und ganz allgemein eine Integrationspolitik der Ausländer vorantreiben, die ohne Gettoisierung den kulturellen Eigenarten Rechnung trägt, sofern sie mit unserer Rechtsordnung vereinbar sind. Hier ist vor allem die Schule gefordert.

Schließlich befürchte ich einerseits, dass Privatinteressen dem Gemeinwohl und der nachhaltigen Entwicklung den Rang ablaufen (siehe Meysemburg), und andererseits, dass eine politische Mehrheit einer falsch verstandenen Freiheit, beispielsweise in Sachen Euthanasie, das Wort redet.

Es lebe die gelungene Gratwanderung im Dienst des Menschen!



Claudia Hartmann

Chargée de recherche im CEPS, derzeit verantwortlich für ein Gesundheitsprojekt: Lorraine, Wallonie und GDL sowie évaluatrice für ein europäisches Flüchtlings-Programm.

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?

a) Im Bereich der Ökologie, den ich allerdings mit weniger Aufwand verfolge, ist die Tatsache, Sonnenkollektoren auf Eigenheimen zu kofinanzieren als positiv zu bewerten. Vieles wäre noch im Bereich des *commerce* zu tun: die Geschäfte wehren sich oft dagegen, auf Plastikverpackungen zu verzichten (besonders *Auchan*): Auflagen könnten diese Filialen in ökologischer orient-



mieux, das war eine absurde Politik, die Autos ins Zentrum zu locken.

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?

a) "Rentendesch": die Bevölkerungsgruppe, die laut CEPS-Studien die stärkste Kaufkraft hat, wurde weiterhin unterstützt: *les retraits*. Die LuF 3.000,- pro Kind/pro Frau/Monat im Pensionsalter gehört zur Gruppe der billigen Wahlgeschenke: wieder die gleiche Altersgrenze. Die Erhöhungen der Renten-Rendite im Falle einer Beschäftigung über das offizielle Rentenalter hinaus ist zu gering, um wirklich ein Anreiz zu sein: damit erreichen wir kaum den von der EU geforderten 50% *taux d'emploi* der 50 -64 Jährigen.

b) Gesundheitspolitik: *la concentration des efforts* müsste endlich beginnen: die Zahl der Spitäler hat abgenommen, doch die Zahl der Betten keinesfalls. Die jetzt im Herbst 2003 genehmigten *services spécialistes* sind fast alle die von den Kliniken geforderten gewesen, bis auf 2 Ausnahmen: Wahlgeschenk? Dabei ist eine *mini maternité* in Wiltz

tierten Ländern auch in Hinsicht auf ihre 'heimischen' Filialen hin sensibilisieren.

b) *Cooperation*: sicher ein hohes Finanzierungs-Programm, was international gut wirkt, was sich Luxemburg auch schuldig ist. Doch wie sieht es mit den Inhalten aus? Wie sieht es mit Evaluationen aus, die besser von ausländischen Instituten gemacht werden sollten, bzw. als *joint venture* von hiesigen und ausländischen Instituten.

c) *Parking résidentiel* in der Stadt ist eine gute Sache, doch die öffentlichen Verkehrsmittel für die Grenzgänger müssen verbessert werden. Nur 10% benutzen sie! Aber ein guter erster Schritt, dass die Parkhäuser leer bleiben: *tant*

oder in Differdange nicht unbedingt erforderlich: 15 Minuten bis Ettelbruck oder bis Esch. Alternative für diese Art von *maternité* könnten die Hausgeburten sein, da sowieso alle pathologischen Schwangerschaften Richtung *maternité Grande Duchesse Charlotte* orientiert werden. Andere Beispiele: 3 *hôpitaux généraux* in der Stadt Luxemburg! Als ob das CHL nicht reichen würde, besonders der Neubau am Kirchberg, der fast identische Dienste wie das CHL anbietet. Damit haben wir z.B. zweimal eine Chirurgie *de la main*: das würde eine Millionen-Bevölkerung abdecken.

Das Auffüllen der Krankenkassen-Defizite durch Gelder aus den Pensionsfonds scheint mir völlig absurd: das Loch auf dieser Seite ist eine Frage der Zeit.

Equipement lourd: wird massiv angeschafft, zu viele *imagerie médicale* für eine kleine Bevölkerung (auch wenn man die *frontaliers* mitzählt, die natürlich Anrecht auf die UCM Leistungen haben).

Mit unseren Gehältern betreiben wir ein 'head hunting' à l'américaine: wir kaufen teure Leute aus dem Ausland, die Regionen um uns herum haben wir leer gefegt, dort müssen Kliniken schließen... Unser eigenes Bildungssystem ist aber äußerst mangelhaft und gute studentische Köpfe werden durch ausländische Stipendien gefördert! (Nicht nur in diesem Bereich, in allen).

c) *Education nationale*: Nach PISA hätte man auf eine breit angelegte externe Evaluation gewartet, zu realisieren von einem angesehenen ausländischen Institut (z.B. Max Planck Institut in Berlin oder ein finnisches, schwedisches Institut): nichts. Die Reformen, die stattfanden, sind kleine Details, eine Umorientierung braucht zweifelsohne Zeit. Doch wenn ich mit dem gleichen Slogan („back to basics“) vor Pisa hantiere und auch noch danach, ist das eine minimalistische Auffassung. Keine Diskussion über einsprachige *filières* von Primärschule an oder über Alphabetisieren in der Muttersprache für portugiesische Kinder....

d) Flüchtlingspolitik: man sollte endlich den Asylsuchenden Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen. Es fehlt eine

klar definierte Immigrationspolitik, die wir, egal wie, brauchen; Diese würde es ermöglichen, die Asylpolitik, im Fall der Fälle über die Genfer Konvention hinaus zu erweitern. Es bedürfte dringendst eines *observatoire* dieser Neuankömmlinge, um sich ein Bild zu machen über ihre *capacité d'intégration, d'apprentissage des langues, succès/échecs scolaires* etc.

e) die *modération en politique des salaires*: wurde leider für die Beamten gebrochen, eine Gruppe, die ja neben extrem hohen Gehältern, das Privileg der Job-Sicherheit hat, und das in Zeiten, in denen man sich auf eine Talfahrt vorbereiten musste. Klarerweise mussten andere folgen.

Was ist Ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?

a) eine wirklich qualitativ andere Bildungspolitik, dazu bedarf es einer oben genannter Evaluation.

b) eine Gesundheitspolitik, die eine nationale Perspektive hat, Blick über die Grenze hinaus, um nicht zu wiederholen, was dort bereits existiert (Reha in Orscholz und auf dem Kirchberg!, Orscholz hat genug Platz...).

c) Neue Uni: Ich hoffe, man baut *incentives* ein, die luxemburgische Studenten ins Ausland locken: Stipendien für die, die es brauchen; Berücksichtigung von Zahlungen der Eltern für Steuererklärung (das sind Summen, die sogar gut Verdienende ins 'Schwitzen' bringen). Schweden z.B. gewährt seinen Studenten in egal welchem Land ein dem jeweiligen Warenkorb entsprechendes Stipendium und übernimmt die 'tuition fees' auch sehr teurer Unis (USA: 30.000,-/Jahr); hier liegt die Obergrenze so niedrig, dass man sich gerade mal GB leisten kann, und das in einem Land, das

Die Studenten hier zu behalten, halte ich für extrem traurig: es sind die Lehr- und Wanderjahre.

Was fürchten Sie am meisten?

Hier fällt mir akut nichts ein, aber die Liste oben ist lang. Ich fürchte, dass Luc Frieden nach Juncker das Ruder übernimmt!

*

Pascal Husting

Direktor, Greenpeace Luxemburg

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?

Einen zutiefst beunruhigenden Eindruck hat bei mir die Gelassenheit hinterlassen, mit der die jetzige Regierung die allseits bekannten Herausforderungen – eine auf sozialen und ökologischen Kriterien basierende Diversifizierung der Wirtschaft, die Einschränkung des Ressourcenverbrauchs, die Ausrichtung der Gesellschaftspolitik auf ganzheitliche statt materielle Werte – ignoriert hat.

Wohlfühlen in den eigenen vier Wänden...



- Naturfarben
- Tapeten und Wandbeläge
- Naturdämmstoffe
- Parkett, Teppichböden
- Türen
- Innenausbau
- Maschinenverleih

Öffnungszeiten:

Dienstag - Freitag
9 - 12 Uhr 14 - 18 Uhr
Samstag 9 - 12 Uhr 14 - 17 Uhr
Montag geschlossen



98, rue de Bonnevoie L-1260 Luxembourg
Tel. 49 65 51 Fax 40 23 03 info@biotop.lu www.biotop.lu



Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?

Geärgert hat mich, ohne Rangordnung: Dass diese Regierung langjährig in Luxemburg eingeschulte Flüchtlingskinder ausgewiesen hat. Dass zum Zeitpunkt des sich anbahnenden Irakkriegs zehntausende protestierende Menschen in den Straßen notwendig waren, um den Kadavergehorsam der Regierung gegenüber den USA zu brechen. Dass 5 weitere Jahre vergeudet wurden, um eine zukunftsfähige Transportinfrastruktur für Luxemburg in die Wege zu leiten. Dass Transparenz, Dialog und transversale Politik angekündigt wurden, doch Verschleiern, Verschweigen und "dei-riets-Hand-wees-net-wat deilenks-Hand-mecht" praktiziert wurden. Dass sich die Klimaschutzpolitik der Regierung auf das ziellose Verteilen von Subventionen beschränkt hat. Dass die Politik der Steuersenkungen dieser Regierung angelegt war, individuellen Massenkonsum anzuregen und Investitionen zum Nutzen der Allgemeinheit einzuschränken (was macht den Menschen glücklicher? Spass- und lustvoll seine Fähigkeiten schulisch entwickeln oder stumpfsinnig, von der Außenwelt abgekapselt, im 4-Wheel-Drive rumkurven?).

Was ist Ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?

Der dringendste Wunsch aus der Perspektive des Umweltschutzaktivisten: die neue Regierung sollte die schwerwiegendste humanitäre und Umwelt-Bedrohung ernst nehmen. Klimaschutz muss Priorität im Regierungsprogramm

erhalten. Mit einer dreifachen Reduzierung der durch Luxemburg verursachten CO₂-Emissionen innerhalb von zehn Jahren würden wir unsern Beitrag zum Erhalt des Klimas leisten. Außerdem: die Vize-Premierschaft in der nächsten Regierung sollte einem Superministerium für Umwelt, Energie, Transport und Landesplanung vorbehalten sein.

Was fürchten Sie am meisten?

Fürchten tue ich mich vor noch länger anhaltendem Stillstand. Luxemburg darf sich unter der nächsten Regierung nicht noch tiefer in die Festung Europa zurückziehen, dem US-amerikanischen Beispiel des Exzeptionalismus – von unserer Regierung als "atypische Situation" bezeichnet – nacheifern und in der Lethargie des Ist-Zustands, den es um jeden Preis zu erhalten gilt, verharren.

*

Serge Kollwelter

Präsident, Association soutien aux travailleurs immigrés asbl (ASTI)

Qu'est-ce qui vous a particulièrement impressionné de la part du gouvernement CSV-DP?

1. Une politique de redistribution du bas vers le haut par le biais des baisses d'impôts. Ceux qui n'en payaient pas (vous savez de quoi je parle, chers lecteurs de forum?) n'ont en rien bénéficié de cette manne, alors que pour un instituteur cela ne résonnait pas mal dans

ma caisse! Autant d'argent qui manque pour des infrastructures sociales ou scolaires dont les "petites gens" seraient aussi bénéficiaires. Sans parler des structures parascolaires dont les tarifs de fréquentation à Luxembourg – ville ont été sextuplés: devinez qui en a fait les frais, quels enfants ne viennent plus pour avoir appui et accompagnement scolaire?

2. L'impossibilité de gérer des projets d'envergure d'une ambition certaine: le Rehazenter, le musée Pei ou un saut qualitatif pour le transport en commun comme le BTB ont été soit vidés, soit retardés. J'ai sursauté en voyant un parti politique se flatter d'avoir posé la première pierre du Rehazenter, après quatre années au gouvernement!

3. Pour étoffer ses compétences communales une agglomération comme Metz ira recourir à des personnes de Nancy ou de Toulouse. Nous restons désespérément fixés à recruter toutes les compétences pour l'appareil d'Etat dans un réservoir de 200 000 personnes (enfants et vieux décomptés) porteurs du "bon" passeport!

4. C'est à dessin que je mets l'enterrement de PISA sous le point 1, parce que c'est une performance que d'avoir évité la moindre mise en question, voir un aménagement profond du système scolaire qui plus qu'ailleurs creuse les inégalités sociales. Il y a évidemment aussi des réussites dans cette école de l'inégalité des chances. D'aucuns qui en sont sortis victorieusement s'épanchent en lamentations sur la baisse de niveau, pseudo-argument servant essentiellement à maintenir leurs privilèges dans la société du savoir. Et si des compétences plus larges et plus largement partagées faisaient monter le niveau général?

Qu'est-ce qui vous a particulièrement fâché de sa part?

On vient d'assister à un saut qualitatif dans le dédain des personnes comme catégorie politique et ce par pur calcul électoral.

Mes exemples pour étayer cette triste nouveauté:

1. Alors qu'il réclame un procès juste et équitable pour Saddam Hussein, notre

Premier Ministre refuse, dans le cadre de ses compétences, un procès et "mieux" encore. il livre la personne arrêtée lors des perquisitions dans les milieux "islamistes" à ses tortionnaires tunisiens. Pas un brin de regret: on compte sur la récolte électorale, que compte un torturé dans ce calcul? (À noter qu'aucune incarcération ni inculpation n'a été effectuée dans ce contexte.)

2. Pour amener les déboutés du droit d'asile à retourner "volontairement" chez eux, on leur coupe les vivres pendant des semaines, y compris aux enfants et à une femme enceinte. Vous avez dit "C"SV?

3. Face à notre incompréhension de la politique du gouvernement en matière de retours, deux ministres promettent le 11 juin 2003 d'aller informer eux-mêmes les concernés et d'avertir les écoles. Le non-respect de la parole donnée n'a pas de conséquences par rapport à des non-électeurs, d'autant plus qu'il a pour objectif de flatter les électeurs.

4. Une quasi impossibilité de rendre visite aux personnes retenues administrativement en prison en attendant d'être expulsées. Un suicide et des tentatives de suicide n'impressionnent pas le Ministre de la Justice.

Quel est le souhait le plus urgent que vous adressez au futur gouvernement?

En fait mon souhait s'adresse aux deux prochains gouvernements: un plan de dix ans pour lancer une école nouvelle. À ce propos, il faut un large débat, organisé et animé, menant à un concept et à des mesures ambitieuses, des moyens adéquats et disposant d'une décennie pour être mené à terme.

Que craignez-vous le plus?

1. Que la navigation à vue dans tous les domaines continue, en fait je ne le crains pas, j'en ai la certitude, surtout si la relance économique est rapidement au rendez-vous.

2. Que l'obsession sécuritaire ne continue à se développer. Même Monsieur Sarkozy sait à l'occasion recourir à des

nuances: c'est lui qui a aboli en partie la double peine, à savoir l'expulsion de l'étranger qui aura purgé sa peine vers un pays dont il est certes porteur de passeport, mais pas plus. Évoquer cette abolition relève de l'hérésie à Luxembourg ... alors que des personnes qui n'avaient jamais mis les pieds dans leur pays de passeport ou n'en parlent plus la langue, sont expulsées après avoir payé leur dette envers la société luxembourgeoise.

3. Depuis un an et demi, le gouvernement qui sait pertinemment que le Grand-Duché a besoin et aura besoin de nouvelles têtes et de nouveaux bras, n'en souffle mot. Pire il réduit son discours de politique d'immigration aux retours des déboutés. Cette infantilisation de l'électorat va porter des fruits pourris et légitimer pour la première fois au Luxembourg un discours anti-étrangers.

4. L'autosatisfaction des politiques qui ne se soucient nullement d'être l'expression d'une partie de plus en plus petite et âgée de la population résidente et moins encore des salariés. Nos poli-

tiques se satisfont in fine de l'apartheid (= développement séparé).

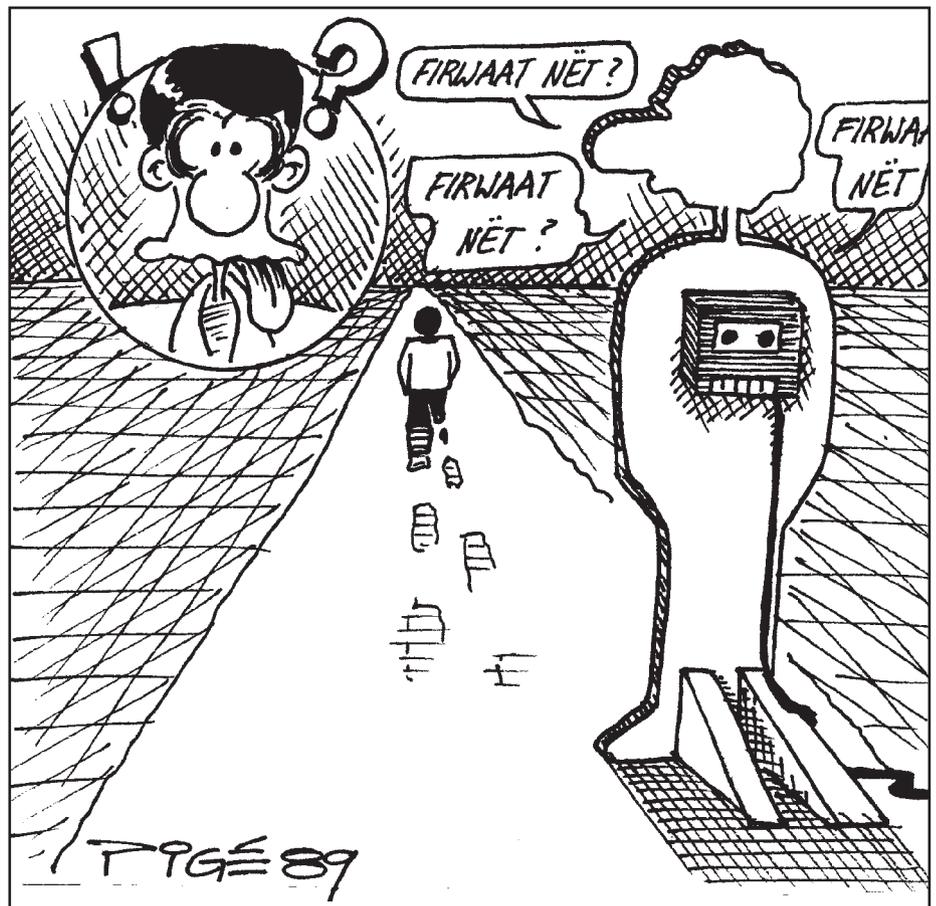
*

Robert Mackel,

Président du Conseil National de l'Enseignement Supérieur (1998-2003)

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?

Beeindruckt hat mich die Teilnahme an der PISA Studie, weil Luxemburg stets durch Abwesenheit bei international vergleichenden Studien im Erziehungswesen glänzte. Beeindruckt hat mich auch der Mut unverbrauchte und neutrale Kandidaten von außen an die Spitze von Hochschulgremien und -institutionen zu setzen (s. Präsident des Conseil National de l'Enseignement Supérieur, oder, Rektor der Universität Luxemburg). Beeindruckend sind ebenfalls Initiativen wie e-Lëtzeburg, Uni Luxemburg, administrative Reform, weil auf diesen Gebieten großer Nachholbedarf besteht, insbesondere da, wo



es darum geht "droit acquis" und "séniorité" durch "mérite" zu ersetzen.

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?

Geärgert hat mich, dass der Conseil National de l'Enseignement Supérieur, das beratende Organ der Regierung in Sachen Hochschulwesen, bei dem Projekt Uni Luxemburg nicht um seine Meinung gefragt wurde, und aus dem Spiel gelassen wurde. Das gleiche passierte leider auch anderen, direkt betroffenen Akteuren. Mehr Inklusivität wäre am Platz gewesen. Ärgerlich ist auch das späte Erkennen der wirtschaftlichen Krise und das Gerede, dass "es uns immer noch besser geht als unseren Nachbarn". Dieses ist kein Argument. Es hilft mir nicht, wenn mein Nachbar in einem noch tieferen Loch sitzt als ich.

Was ist Ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?

Ich wünsche, dass sich die neue Regierung die (angelsächsischen) Prinzipien von "merit-based", "peer review", "fair play" und "openness" zu Herzen nimmt, um Vetternwirtschaft und Inkompetenz entgegenzuwirken. Desweiteren wünsche ich, dass Fehler eingestanden werden und dass nicht dauernd nach Entschuldigungen und Ausreden gesucht wird. Politiker vergessen allzu oft, dass die Öffentlichkeit großzügig ist, und gewillt ist, "ehrliche" Fehler zu verzeihen.

Was fürchten Sie am meisten?

Ich fürchte, dass alles mehr oder weniger beim Alten bleibt und meine Wunschliste halt eine Wunschliste bleibt. Allerdings hoffe ich auch, dass ich mich irre.

*

Agnes Rausch

*Caritas Luxembourg
Flüchtlingsdienst*

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?

Am meisten beeindruckt hat mich bei der jetzigen Regierung ihre Entscheidung zu Gunsten einer Universität in Luxemburg. Diese positive Entscheidung ist nicht gratis; das bedeutet, dass finanzielle Erwägungen für diese Regierung nicht die Wichtigsten waren.

Mit einer Universität erhofft man sich eine Belebung, sprich Verjüngung, der luxemburgischen Gesellschaft. Eine neue Dynamik aus Fragen, In-Frage-stellen, öffentlichen Diskussionen, sowie Kundgebungen und Protesten, das erhoffe auch ich mir von einer starken Studenten- und Lehrerbewegung an dieser neuen Universität.

Und nicht nur das, wie oft haben wir im Flüchtlingsdienst der Caritas uns interessierte Studenten gewünscht, um Untersuchungen oder Studien über für uns wichtige Themen, durchzuführen. So z.B. etwa um der Integrationsfrage der bosnischen Flüchtlinge nachzuge-

hen, die seit 10 Jahren in Luxemburg wohnen. Manche sagen, sie seien gute Arbeiter oder fleißige Schüler, andere meinen sie würden nur von der Sozialhilfe profitieren. Was wirklich Sache ist, möchten wir wissen; recherchiert und reflektiert von Studenten, welche wir gerne im Flüchtlingsdienst bereit sind zu begleiten.

Auch der vergrößerten Präsenz von ausländischen Studenten sehen wir mit Wohlwollen entgegen. Die Regierung sicher auch, denn luxemburgische Studenten allein machen doch keine Uni aus, oder?

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?

Am meisten geärgert hat mich, wie könnte es anders sein, die Politik in Sachen Asyl- und Einwanderungsfragen. Warum?

Beispiel 1: das Parlament bittet die Regierung in einer Motion darum, den Asylsuchenden einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen. Antwort der Regierung: Wir warten auf europäische Bestimmungen. Diese fielen aber nicht vom Himmel, sondern wurden auch von unserm zuständigen Minister mitbestimmt. Nun sind sie da, die europäischen Regeln, jetzt warten wir um zu sehn, wie sie in den Nachbarländern umgesetzt werden. Die Vorschläge des Flüchtlingsrates werden nicht oder kaum zu Kenntnis genommen. Was aus Menschen wird, die während Monaten und Jahren gezwungen NICHT zu arbeiten, kann jeder sich vorstellen.

Beispiel 2: die Regierung knüpfte Anfang 2002 die Regularisierung der Menschen in irregulärer Situation an Bedingungen, darunter einen gültigen Pass nachweisen. Dabei gibt es Menschen, die ohne ihre Schuld, keinen Pass von ihrem Konsulat bekommen, jedoch in Luxemburg seit mehr als 5 Jahre leben und nun seit 2002 auch arbeiten dürfen. Jedoch ohne Pass keine reguläre Aufenthaltsbewilligung, keine Anmeldung in der Gemeinde des Wohnortes, also auch kein Führerschein, keine Kinderzulage usw. Es gibt jedoch für solche Fälle die Möglichkeit eines Fremdenpasses, der von luxemburgischer Seite ausgestellt werden kann. Die liegen jedoch unter Fach und Riegel, weil man



POLYGONE

Les polyvalents

Déblayage et démolitions
Nettoyage de chantiers
et de bâtiments
Entretien d'alentours
Location / vente de conteneurs
de bureau
Vente / pose de clôtures
Location de toilettes mobiles DIXI

**Vous avez besoin
d'un coup de main?
Appelez Polygone!**

49 20 05

Polygone S.à r.l.
16, route de Thionville
L-2610 Luxembourg
Téléphone 49 20 05
Fax 40 57 61

www.polygone.lu

sich noch nicht einig ist über anzuwendende Kriterien. Gesuche der Betroffenen, ihrer Anwälte und dem Flüchtlingsrat sowie wiederholtes Eintreten von Caritas mit genauer Beschreibung der Situationen, alles blieb bis Ende Dezember 2003 ohne Erfolg.

Beispiel 3, 4, 5, viele Beispiele könnte ich aufzählen und hier aus Rom, auf Distanz gesehen, macht dieses Warten und Nichtstun der Regierung noch ärgerlicher. Warum?, weil niemand dort merkt das Leiden der betroffenen Menschen und ihrer Kinder. Ein Leiden dem sie, die Regierung, die Macht und die Möglichkeit hat ein Ende zu setzen.

Was ist Ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?

Mein Wunsch und meine Hoffnung sind, dass die neue Regierung der Frage der Migration, ob gezwungen oder frei entschieden, die nötige Wichtigkeit zugesteht und dass hieße für mich ein Staatssekretär für Asyl-, Einwanderungs- und Integrationsfragen, sowie ein Einwanderungsabkommen mit Cap Vert und Montenegro. Die globalisierte Welt ermöglicht es vielen Menschen, nicht nur der Verfolgung sondern auch der Armut zu Hause zu entfliehen. Falls es die Regierenden nicht zu organisieren vermögen, so sind es die Schlepper und letztere bringen wandernde Menschen in Probleme hinein, die es nur schwer zu meistern sein wird. Besser wäre es also die staatlichen Instanzen würden bei uns und europaweit die Wanderbewegungen selbst kanalisieren und begleiten.

Was fürchten Sie am meisten?

Was ich am meisten befürchte ist, dass dies nicht geschehen wird.

*

André Rollinger

Präsident von Iwerliewen für bedroete Volleker

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?

Die öffentliche Entwicklungshilfe wurde in der jetzigen Legislaturperiode weiter angehoben und hat nun über 0,80% des Bruttosozialprodukts

erreicht. Diese Tatsache ist umso erfreulicher als der Prozentsatz von 0,70% überschritten wurde, welcher von den Staats- und Regierungschefs in der Millennium Deklaration der Vereinten Nationen im Jahre 2000 bestätigt wurde. Unsere Nachbarländer sind hingegen noch weit von diesem Ziel entfernt.

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?

Die Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Kosovo, ...) während dem letzten Jahrzehnt 1990-1999 waren die schlimmsten in Europa seit dem zweiten Weltkrieg. Sie verursachten mehr als eine halbe Million Tote und noch eine grössere Anzahl von Flüchtlingen. Die internationale Gesellschaft für bedrohte Völker, an der Iwerliewen für bedrohte Völker in Luxemburg angeschlossen ist, hatte sich tatkräftig eingesetzt, um durch ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft ein Ende des Völkermords herbeizuführen. In Luxemburg war der Flüchtlingsrat, dem über ein Dutzend Menschenrechtsorganisationen angehören, mit der vorherigen Regierung übereingekommen, Tausenden Flüchtlingen einen wirksamen Schutz zu gewähren.

Leider wurde diese menschenwürdige und tolerante Haltung bei der Aufenthaltsgenehmigung in Luxemburg von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien letztes Jahr durch ein forciertes Rückkehrprogramm von der jetzigen Regierung aufgehoben, obwohl der Flüchtlingsrat und das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) allgemein darauf hingewiesen hatten, dass die Lage weiterhin kritisch bleibt in diesen Krisenländern.

Nach Ansicht des UNHCR kehren nämlich die meisten Flüchtlinge selbst zurück, sobald ein Konflikt beendet, eine gewisse Stabilität wiederhergestellt und die Basis Infrastruktur wiederaufgebaut sind. Davon kann aber noch nicht die Rede sein in den Ländern von Ex-Jugoslawien, wo nach den vorliegenden Schätzungen am Anfang dieses Jahres 2004 in Serbien/Montenegro, Kosovo und Bosnien weiterhin insgesamt 490.000, 90.000 respektive 400.000

Flüchtlinge anwesend sind. Ausserdem sind die militärischen internationalen Friedensmissionen mit vielen tausend Soldaten in Bosnien und im Kosovo noch nicht abgeschlossen. Viele der Rückkehrer, die in Luxemburg zum Teil eine Arbeit hatten oder deren Kinder hier in die Schule gingen, riskieren nun wieder in grosse Not zu geraten. Weiterhin sind dort die von den Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien verursachten materielle und psychologische Schäden eines verheerenden Ausmasses noch nicht überwunden.

Was ist Ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?

Der aktuelle Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) über die menschliche Entwicklung bezieht sich auf die Umsetzung der Ziele der Entwicklungsdeklaration des Millenniums bis zum Jahre 2015 zur Bekämpfung der Armut weltweit. Zusätzlich wurden für die Ziele Indikatoren festgelegt, die es erlauben, den Fortschritt hinsichtlich der Zielsetzung zu messen und zu überprüfen. Für die entwickelten Länder gelten insbesondere folgende Bestimmungen, die in dem achten Ziel über die Entwicklung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung zusammengefasst sind:

- die Berücksichtigung der besonderen Wünsche der am wenigsten entwickelten Länder, gemessen an dem Prozentsatz der öffentlichen Entwicklungshilfe zum Bruttosozialprodukt

- die Reduzierung der Schuldenlast in den Entwicklungsländern und der Schuldenerlass, der Aufbau eines freien und undiskriminierenden internationalen Handelssystems mit dem Abbau der Agrarsubventionen und den Importzollgebühren in den entwickelten Ländern

- die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor zum Transfer von den neuen Technologien in die Entwicklungsländer und der Zugangsgrad zum Internetsystem in diesen Ländern.

Vor kurzem erschien eine offizielle Stellungnahme des Komitees für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

wicklung (OECD) über die wichtigsten Punkte zu einer Verankerung der Entwicklungszusammenarbeit in einer Optik der Vorbeugung des Terrorismus. Darin wird festgestellt, dass in dieser Hinsicht auf die Kohäsion, die Ergänzung und den Zusammenhalt der Politiken zu achten ist, welche eine breit gefächerte internationale Zusammenarbeit und den föderativen Aspekt der Globalisierung verstärken.

Hierfür muss den Bedürfnissen der Entwicklungsländer mehr Rechnung getragen werden mit dem Abbau der Subventionen und der Importzollgebühren insbesondere in den Bereichen der Landwirtschaft und der Textilien sowie mit dem Zugang zu Arzneimitteln mit erschwinglichen Preisen.

Gegenüber Ländern, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sind gemeinsame Aktionen mit angepassten Massnahmen notwendig, welche die staatliche Verwaltungen insgesamt miteinbeziehen und möglicherweise auch den privaten Sektor einbinden. Ausserdem müssen die westlichen Regierungen, die den Terrorismus bekämpfen wollen, jede Haltung vermeiden, welche die Freiheiten so beeinträchtigen würde dass die Demokratie und der Rechtsstaat gefährdet wäre.

In den nächsten Jahren will Luxemburg voraussichtlich seine Entwicklungshilfe weiterhin erhöhen bis auf 1% des Brutto sozialprodukts. Um die zunehmenden, mannigfaltigen Aufgaben termingemäss und fachgerecht zu bewerkstelligen und die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen nicht zu marginalisieren, müssen jedoch in dem verantwortlichen Ministerium die notwendigen Personalkräfte vorhanden sein.

Mit der grösseren Handlungsfähigkeit und unter der europäischen Präsidentschaft im ersten Semester 2005 soll die luxemburgische Regierung die Möglichkeit nutzen, eine stärkere Rolle zu spielen bei der Integration der verschiedenen Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit auf der internationalen Ebene der Europäischen Union, der OECD und der Institutionen der Vereinten Nationen.

Jean-Louis Zeien

Vorsitzender von TransFair-Minka asbl.

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten beeindruckt?

In Sachen Entwicklungspolitik und Kooperation hat es mich gefreut, feststellen zu können, dass ein bereits jahrzehntealtes Versprechen endlich erfüllt wurde: mindestens 0,7 % des BIP in die Entwicklungspolitik zu 'investieren'. Positiv hervorzuheben bleibt in diesem Kontext auch die Sensibilisierungskampagne des 'Ministère des Affaires Etrangères Direction de la Coopération et de l'Action Humanitaire' um hierzulande innerhalb der Bevölkerung die Bereitschaft zur Solidarität mit den Dritte Welt Ländern zu erhalten resp. zu erhöhen. Dieser Regierung gebührt darüber hinaus der Verdienst, das Ziel von 1 % des BIP zugunsten der Kooperation mittelfristig weiter anzupeilen.

Was hat Sie an der CSV-DP-Regierung am meisten geärgert?

Trotz positiver Akzente in der Kooperationspolitik hat die aktuelle Regierung es hinsichtlich der Entwicklungschancen der Dritte Welt Länder nicht fertig gebracht, eine kohärente Haltung zwischen ihren einzelnen Politikbereichen einzunehmen. Sobald eigene finanzielle Interessen ins Spiel kamen, wurde die Kooperationspolitik in ihre Schranken verwiesen, ganz so, wie wir es aus den Bereichen Wirtschafts- versus Umweltpolitik bereits bestens kennen. Dies wurde überaus deutlich im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen, wo Staat und Gemeinden beim eigenen Einkauf eine wichtige Rolle übernehmen müssten. Die Forderung nach einer verbindlichen Berücksichtigung von Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung wurde bei der Reform der diesbezüglichen Gesetzgebung nicht berücksichtigt.

Weiterhin darf der billigste Preis ausschlaggebend sein, welches Produkt vom Staat eingekauft wird. Zu welchen desaströsen Konsequenzen für Mensch und Umwelt dies führt, hat die aktuelle weltweite Kaffeekrise nur allzu deutlich aufgezeigt. Zuerst wird der billigste Kaffee - auch seitens unseres Staa-

tes - eingekauft, der mit ausbeuterischer Kinderarbeit und Armut verbunden ist und dann helfen wir mit unserer Entwicklungspolitik diese Katastrophen abzufedern resp. zu bekämpfen. Nur ein Beispiel von vielen, wie mangelnde Kohärenz zwischen den einzelnen Politikbereichen zu Widersprüchlichkeiten führt. Somit wird auch ein Stück weit die Glaubwürdigkeit der Entwicklungshilfe dieser Regierung aufs Spiel gesetzt, wenn weiterhin die Dschungelgesetze der globalisierten Wirtschaft - dank staatlicher Ausschreibungspolitik - ungehemmt spielen dürfen.

Was ist ihr dringendster Wunsch an die neue Regierung?

Nachhaltigkeit im Bezug auf nationale und internationale Solidarität sollte im Sinne einer glaubwürdigeren Politik in kohärenten und koordinierten Gesetzen und Aktionen konkret umgesetzt werden.

In diesem Sinne sollte sich 'Dritte-Welt-Politik' nicht nur auf das Entwicklungshilfebudget des 'Ministère des Affaires Etrangères Direction de la Coopération et de l'Action Humanitaire' beschränken.

Finanz-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Beschaffungs- Friedens- und Umweltpolitik sind auch gefordert, damit auch in diesen Politikbereichen eine kohärente Politik im Sinne einer glaubwürdigeren Solidarität mit den Dritte Welt Ländern betreiben wird.

Im internationalen Vergleich sollte ein 'Index für Entwicklungsengagement' dies bewerten und analysieren. Nur so kann man festzustellen, ob in der Gesamtbilanz aller Politikbereiche unseres Landes den ärmeren Ländern dieser Welt eher geholfen als geschadet wird.

Was fürchten Sie am meisten?

Zu befürchten ist, dass Kohärenz zwischen den einzelnen Politikbereichen ein Wunschtraum bleibt und die Dschungelgesetze der globalisierten Wirtschaft sich weiterhin auf Kosten der Schwächsten, sei es hierzulande oder in den sogenannten Dritte Welt Ländern, ausbreiten.